

Gewerbe unter „ferner liefern“ Was ist vom Berliner Senat zu erwarten?

22.01.2020 von VVS Geschäftsstelle

Die wachsende Not von Gewerbemietern gerät angesichts tiefer Sorgen um bezahlbaren Wohnraum ohnehin in den Hintergrund. Dass Berlin einst in größter Finanznot Teile seiner landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften veräußerte, wird unablässig kritisiert. Der Verkauf der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) im Jahr 2004 gilt als Torheit und Sündenfall. Dass der Wirtschaftssenator und Bürgermeister Harald Wolf mit der Gewerbesiedlungsgesellschaft GSG die öffentlichen Gewerbehöfe drei Jahre später komplett privatisierte, empört heute niemanden. Der Kaufpreis lag damals bei rund 300 Millionen Euro. Laut jetzigem Eigentümer, der CPI Property Group mit Sitz in Luxemburg, wird der aktuelle Objektwert auf 2,1 Milliarden taxiert, was einem Anstieg um 700% in gut einem Jahrzehnt entspricht. Eine Perle waren die 45 Gewerbehöfe seinerzeit nicht, mit einer Durchschnittsmiete von 4,50 pro m² und einem Leerstand von fast einem Drittel der Nutzfläche. Heute ist die knapp 850.000 m² Fläche voll vermietet und beherbergt fast 1.900 Unternehmen mit 15.000 Mitarbeitern. Die Stadt hat darauf keinen Zugriff mehr.

Lesen Sie den ganzen Artikel von Dipl.-Ing. Architekt Ulrich Springer.

Erschienen in der Baukammerzeitschrift konstruktiv 4/2019.

 [Gewerbe unter ferner liefern.pdf \(293,6 KiB\)](#)